

**Antragsteller:** Bundesvorstand

**Ansprechpersonen:** Rebecca Peters, Christoph Schmidt, Joachim Lohse

**Betrifft:** Politischer Leitantrag  
Mobilität für alle – Verkehrspolitik ohne Ideologie!

## **Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:**

Die Bundeshauptversammlung des ADFC fordert die politischen Partner:innen in Bund, Ländern und Kommunen auf, den Radverkehr in ihren Entscheidungen ernsthaft und gleichberechtigt zu berücksichtigen, um eine ideologiefreie und faire Verkehrswende zu fördern.

Der ADFC fordert Bund, Länder und Kommunen auf, deutlich mehr Personal, Finanzmittel und Wissen in ein nachhaltiges und gerechtes Verkehrssystem zu investieren.

Der ADFC fordert die politischen Entscheidungsträger:innen auf, enger zusammenzuarbeiten und ideologische Narrative zu überwinden, um Mobilität und Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen und die Klimaschutzziele einzuhalten.

Der ADFC fordert Bund, Länder und Kommunen auf, in einem gemeinsamen Kraftakt den Nationalen Radverkehrsplan bis 2030 umzusetzen und die jährlich benötigten 3 Mrd. € dafür bereitzustellen. Für diese Ziele ist der Bund aufgefordert Kommunen entsprechende Spielräume im rechtlichen Rahmen bereitzustellen. Kommunen sind aufgefordert diese Räume zu nutzen und mit ambitionierten Vorhaben zu füllen.

Der ADFC fordert die kommunalen Entscheidungsträger:innen dazu auf, Städte und Gemeinden durch eine echte Verkehrswende lebenswerter zu machen. Dabei müssen die Chancen des Radverkehrs genutzt werden, ohne ihn gegen den Fußverkehr auszuspielen oder als Anti-Auto-Maßnahmen zu verteufeln. In der Stadt und im ländlichen Raum müssen sich alle Menschen sicher und angstfrei mit dem Rad bewegen können. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit zur eigenständigen Fortbewegung erhalten. Menschen, die nicht Auto fahren, muss trotzdem Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Der ADFC fordert politische Entscheidungsträger:innen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen auf, dies sicherzustellen und die Sicherheit und Wahlfreiheit der Bevölkerung über Klientelpolitik und ideologische Scheindebatten zu stellen.

## **Begründung:**

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde über Jahrzehnte der gesamte öffentliche Raum auf das Auto ausgerichtet. Städte und Gemeinden standen unter

dem Dogma der autogerechten Stadt. Das Ergebnis ist ein Straßennetz für direkten und schnellen Autoverkehr im ganzen Land. Es ist selbstverständlich, jeden Ort schnell und komfortabel mit dem Auto zu erreichen.

Vergessen wurden dabei diejenigen, die nicht mit dem Auto mobil sind – egal aus welchem Grund. Für Menschen, die sich für die Nutzung alternativer Verkehrsmittel entscheiden, besteht diese Selbstverständlichkeit nicht. Wer mit dem Rad unterwegs ist, findet einen Flickenteppich schmalere, lückenhafter Wege vor, die oft in so schlechtem Zustand sind, dass Sicherheitsrisiken für die Nutzer:innen bestehen. Man fährt zahlreiche Umwege und teilt sich den Raum häufig mit dem Kfz-Verkehr. Sichere Abstellanlagen sind genauso Mangelware wie politische Ernsthaftigkeit.

Vor allem im Ausland beobachten wir in den letzten Jahren immer bessere Bedingungen für die Mobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad. In Deutschland werden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Lebensqualität zunehmend genutzt, um Menschen gegeneinander aufzubringen und Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Projekte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Umgestaltung des öffentlichen Raums, z.B. zugunsten des Fuß- und Radverkehrs werden ideologisch gebrandmarkt. Das Fahrrad, insbesondere das Lastenrad, wird zum Feindbild auserkoren. Dabei ist gerade für knappe kommunale Kassen der Radverkehr die kostengünstige Alternative zum Auto und ein Teil der Lösung.

In Zeiten immer neuer Konflikte, gesellschaftlicher Verwerfungen und großer finanzieller Belastungen sind die politischen Entscheidungsträger:innen mehr denn je aufgefordert, auch hinsichtlich der Mobilität sichere und gerechte Lösungen für alle Menschen zu schaffen. Es ist Aufgabe von Politik, in schweren Zeiten zu einen, statt zu spalten. Es ist Aufgabe von Politik, Lösungen zu finden, statt ideologische Ausreden vorzuschieben, um das eigene Nicht-Handeln zu rechtfertigen.

Die politisch geförderte Autoabhängigkeit muss enden. Menschen dürfen nicht aufgrund eines maroden und überholten Verkehrssystems zur Nutzung eines Verkehrsmittels gezwungen werden. Bürger:innen müssen alle wichtigen Ziele auch ohne Auto erreichen können. Eine einseitige Verkehrspolitik darf nicht dazu führen, dass ganze Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Millionen Menschen werden von Politiker:innen behandelt, wie Bürger:innen zweiter Klasse, allein aus dem Grund, dass sie kein Auto fahren.

Politiker:innen auf allen Ebenen müssen mit der gleichen Selbstverständlichkeit lückenlose Netze für den Fuß- und Radverkehr und ein attraktives Angebot für den öffentlichen Verkehr schaffen, wie es bisher für den Autoverkehr üblich ist.

In einem bundesweiten Radverkehrsnetz kommen alle Menschen sicher und zügig an ihr Ziel. Es erlaubt allen Menschen, die Rad fahren wollen, eine freie Entscheidung für das Fahrrad zu treffen. In Verbindung mit dem Öffentlichen Verkehr entsteht ein lückenloses intermodales Angebot. Es entsteht echte Wahlfreiheit in der Mobilität, unabhängig vom privaten Pkw-Besitz. Dazu braucht es Entscheidungen für

eine konsequente und faire Aufteilung des öffentlichen Raums, durchgehende Fuß- und Radwegenetze, ausreichend sichere und wetterfeste Abstellanlagen, Radschnellwege für Pendler:innen und sichere überörtliche Verbindungen für das Radfahren im ländlichen Raum. Kurz: Es braucht eine ideologiefreie Verkehrswende, die allen Menschen eine echte Wahl beim Verkehrsmittel ermöglicht.